

Antrag A11: Nein zur Militarisierung! Für Frieden, Diplomatie und soziale Sicherheit

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge
Schlagwörter:	Antragsheft 1
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 72 (Änderungsantrag ÄA12) - übernommen Zeile 188 (Änderungsantrag ÄA13) - übernommen

1 **Nein zur Militarisierung! Für Frieden, Diplomatie und soziale Sicherheit**

2 Die internationale Nachkriegsordnung befindet sich im Zerfall. Nach dem Zweiten
3 Weltkrieg standen sich zwei Machtblöcke gegenüber – diese Konstellation löst
4 sich erkennbar auf. Neue globalpolitische Akteur*innen betreten das Feld: China,
5 wachsende BRICS-Kooperationen, die Neuordnung russischer Machtverhältnisse und
6 neue regionale Militärallianzen im Nahen Osten verändern die geopolitische Lage.

7 Im Interesse der herrschenden Klasse treiben die NATO und ihre Mitgliedstaaten
8 eine Politik der massiven Aufrüstung mit dem Ziel kriegstüchtig zu werden voran.
9 Raketenstationierungen, dauerhaft erhöhte Verteidigungsbudgets und das neue 5%-
10 DefenceInvestment-Commitment bedeuten eine gigantische Umverlagerung
11 öffentlicher Mittel in Panzer, Raketen und Profite für Rüstungskonzerne – auf
12 Kosten von Bildung, Pflege, Wohnraum und Klimaschutz. Aufrüstung als
13 klimaschädliche Kraft wird völlig unterschätzt. Parallel intensivieren EU-
14 Institutionen die militärische Zusammenarbeit und forcieren gemeinsame
15 Rüstungsprojekte. Was als „europäische Handlungsfähigkeit“ propagiert wird,
16 droht in Wahrheit zur Blaupause einer europäischen Aufrüstungsmaschine zu
17 werden.

18 Gleichzeitig sehen wir eine gefährliche Zunahme der Missachtung des
19 Völkerrechts: militärische Interventionen weltweit und die selektive Befolgung
20 von völkerrechtlichen Vorgaben werden zur politischen Routine. Völker- und
21 Menschenrecht werden mehr und mehr selektiv im Sinne geostrategischer Interessen
22 missbraucht und an anderen Stellen bewusst hintertrieben. Diese Politik fördert
23 eine Eskalationsdynamik, die zu mehr Kriegen und mehr Gewalt führt und
24 gleichzeitig rechten, nationalistischen Kräften Auftrieb gibt.

25 Dem stellen wir eine Politik der Abrüstung, der konsequenten Achtung des
26 Völkerrechts, der Stärkung internationaler zivilgesellschaftlicher und
27 diplomatischer Konfliktlösungen sowie eine soziale Sicherheitspolitik entgegen.
28 Frieden entsteht durch soziale Sicherheit, internationale Zusammenarbeit,
29 wirtschaftliche Gerechtigkeit und zivile Konfliktlösungen – nicht durch Panzer
30 und Aufrüstung.

31 **Sondervermögen für Verteidigung, Wehrpflicht durch die Hintertür, „Herbst der Reformen“**

33 Der Bundestag hat ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die
34 Bundeswehr eingerichtet – ein massiver Transfer öffentlicher Ressourcen
35 Militärprojekte, der Sozial- und Klimapolitik unmittelbar unter Druck setzt.

Dieses Geld befeuert eine dauerhafte Aufrüstungslogik. Das Versprechen, dass mittels eines Sondervermögens der Haushalt in anderen Bereichen nicht gekürzt werden müsste, hat sich als Farce herausgestellt: Merz behauptet nun, wir könnten uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, obwohl der Anteil der Haushaltsausgaben für Soziales nicht gestiegen ist.

Gleichzeitig treibt die Bundesregierung personelle Mobilisierungsmaßnahmen voran: Das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz baut Strukturen zur Ausweitung von Personalreserven und Erfassungsinstrumenten auf. Wir warnen: Fragebögen, Register, Informationspflichten oder Rekrutierungsanreize bereiten eine Wehrpflicht vor. Wir lehnen jede Form faktischer Pflicht, Erfassung oder Druckmechanismen ab – und fordern die Streichung der Wehrpflicht aus dem Grundgesetz.

Dieser Aufrüstungskurs fällt zusammen mit einem „Herbst der Reformen“, in dem das Sozialrecht verschärft wird: das Bürgergeld steht unter Druck, Sanktionen werden verschärft, Ausbildungsbedingungen bleiben miserabel und Lohnungleichheit wächst. Während Konzerne weiter profitieren, sollen Beschäftigte, Rentner*innen und Erwerbslose die Kosten tragen.

Diese Prozesse sind kein Zufall, sondern Teil einer zusammenhängenden Politik – Aufrüstung, soziale Aushöhlung und rechter Stimmungsaufbau laufen Hand in Hand. Unsere Antwort: Reichtum umverteilen, Superreiche endlich angemessen besteuern, Milliarden in Soziales, Bildung, ÖPNV und Klimaschutz umlenken – für ein gutes Leben vor allem auch für die junge Generation statt Kriegspolitik.

Mittelstreckenwaffen in Hessen

Die geplante Stationierung von US-Mittelstrecken-Systemen macht Hessen – insbesondere Wiesbaden – zur potenziellen Zielregion. Wir solidarisieren uns mit den Protesten gegen die Stationierung und fordern die Landesregierung auf, alle Mittel zur Verhinderung dieser Eskalationsstrategie zu nutzen. Denn von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Wir lehnen das Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegführungskategorien ab. Mittelstreckenwaffen in unserer Region schaffen keine Sicherheit – sie gefährden sie.

Militarisierung im Alltag – Werbung, Schulen, Infrastruktur

Militarisierung ist längst Alltag geworden: Die Bundeswehr wirbt immer mehr im öffentlichen Raum: in Klassenzimmern, an Hochschulen, auf Jobmessen, auf Straßenbahnen und bei öffentlichen Festen wie dem Hessentag. Kliniken werden für sogenannte „Kriegsnotfälle“ ertüchtigt, Bahnstrecken und Straßen für den

ÄA12 - übernommen:

schnellen Transport von Rüstungsgütern umgebaut. Die Kommunen werden verpflichtet den Zivilschutz massiv auszubauen und alle Einrichtungen auf Krieg auszurichten. Finanziert muss dies aber zu Lasten anderer Haushaltsansätze. Selbst die Agentur für Arbeit

bereitet sich vor. Diese Allgegenwart normalisiert Krieg und macht militärische Logik zum gesellschaftlichen Normalfall.

Wir sagen: Schluss damit. Es ist zynisch, junge Menschen in prekären Lebenslagen mit Hochglanz Gehaltsversprechen an Werbeständen zu ködern, während Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen miserabel bleiben. Statt Kanonenkäufe und Werbekampagnen

braucht es gute Ausbildung, sichere Arbeitsplätze, faire Löhne und echte Perspektiven – kein Werben fürs Sterben.

Gaza- Gegen den Genozid und für einen nachhaltigen Frieden

Das menschliche Leid in Gaza ist unermesslich: großflächige Zerstörung, zehntausende Tote, massenhafte Vertreibungen, Hunger und Krankheiten prägen das Bild des Völkermords. Der Genozid, die systematische Zerstörung der Lebensgrundlagen und die Aushungerung der palästinensischen Bevölkerung stellen schwerwiegende Verstöße gegen das Völkerrecht und Kriegsverbrechen dar.

Der vor den Augen der Welt begangene Völkermord verdeutlicht das mangelnde Interesse der internationalen Gemeinschaft, effektiven Schutz für Zivilist*innen zu gewährleisten und bestehende völkerrechtliche Verpflichtungen durchzusetzen. Selektive Empörung, doppelte Standards und geopolitisch motiviertes Schweigen untergraben die Glaubwürdigkeit des internationalen Rechts und verstärken das Gefühl globaler Ungerechtigkeit.

Am 9. Oktober 2025 wurde eine erste Phase einer Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas vereinbart. Diese fragile Vereinbarung ist ein allererster Schritt, um humanitäre Hilfe zu sichern, Verletzte zu versorgen und die Freilassung von Geiseln zu ermöglichen. Dennoch bleibt die Lage instabil, und die Einhaltung des Waffenstillstands muss international überwacht werden.

Gleichzeitig zeigt der Konflikt die strukturelle Perspektivlosigkeit eines politischen Status quo, der Besatzung, Blockade und Entrechtung fortschreibt. Ein nachhaltiger Frieden kann nur auf der Grundlage gleicher Rechte, der Anerkennung Palästinas als Staat, der umfassenden Achtung des Völkerrechts und der internationalen Verantwortlichkeit entstehen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss auch für das palästinensische Volk gelten!

Ukraine, Russland und eine Strategie gegen Eskalation

Der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts. Wladimir Putin trägt die politische Verantwortung für die Invasion und die Zerstörung ziviler Infrastruktur. Der Krieg hat zu massiven zivilen Opfern, Vertreibungen und humanitären Katastrophen geführt und destabilisiert die gesamte Region.

Gleichzeitig ist die militärische Logik, die in Waffenlieferungen die Lösung sieht, trügerisch. Waffen verlängern den Krieg, zerstören Infrastruktur und töten Zivilist*innen. Sie verschärfen Eskalationsdynamiken und führen nicht zu nachhaltiger Konfliktlösung.

Die Situation verdeutlicht das Versagen internationaler Mechanismen, Konflikte durch Diplomatie, völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen und zivile Schutzmaßnahmen zu begrenzen. Deswegen fordern wir eine Weiterentwicklung der internationalen Zusammenarbeit.

Schutzprogramme für Zivilist*innen, Evakuierungskorridore, medizinische Hilfe und Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer sind dringend erforderlich. Nur durch das Vorantreiben internationaler Vermittlungsformate, nachhaltigen Wiederaufbau und die konsequente juristische Verfolgung von Kriegsverbrechen kann die Aussicht auf ein Ende des Kriegs entwickelt werden.

Versammlungsfreiheit: Schutz von Protest und demokratischem Widerstand in Hessen

Demonstrationen, ziviler Ungehorsam und solidarische Aktionen sind zentrale Instrumente demokratischer Gegenmacht. Wir verurteilen Einschränkungen, polizeiliche Repression und Überwachung gegen Antikriegs- und Solidaritätsproteste. Die Landesregierung muss Deeskalation verbindlich machen, Protesträume garantieren und die Kriminalisierung der Proteste stoppen. Antimilitaristische Ansichten müssen ihren Raum in der Gesellschaft haben dürfen. Gleichzeitig muss – ganz besonders in Hessen – eine bessere Kontrolle polizeilicher Macht strukturell eingeführt werden.

Die Rolle der Linken

Militarisierung ist Klassenpolitik von oben: Profite für Rüstungs- und Sicherheitskonzerne, Einsparungen und Belastungen für Lohnabhängige, Alte, Erwerbslose und junge Menschen sind die Folgen. Die Linke setzt dem eine Politik der sozialen Sicherheit entgegen: Umschichtung des Sondervermögens und laufender Militärausgaben in Bildung, Gesundheit, Pflege, sozialen Wohnungsbau und Klimaschutz. Soziale Sicherheit ist die Grundlage echter Sicherheit.

Wir verstehen uns als Teil der Friedensbewegung. Wir organisieren und unterstützen Proteste, vernetzen antimilitaristische, feministische und antirassistische Bewegungen und bauen konkrete Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort auf. Wir leisten praktische und rechtliche Unterstützung für Geflüchtete, Deserteur*innen und Kriegsgegner*innen, stärken Schutznetzwerke und schaffen Zugänge zu Beratung und Unterkünften. Parlamentarisch bringen wir Anträge gegen Aufrüstung ein, fordern die sofortige Aussetzung von Rüstungsexporten und treiben unabhängige Untersuchungen zu Waffenlieferungen voran. Zugleich kämpfen wir für soziale Lösungen: höhere Löhne, bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, massive Investitionen in Bildung, Pflege und bezahlbaren Wohnraum.

Innerhalb der Partei ist es entscheidend, offene Debatten zu schaffen: Wir müssen Räume etablieren, in denen Kritisch diskutiert wird, was eine „Verteidigungsarmee“ in Zeiten globaler Eskalation bedeutet und ob und wie wir diese unter Berücksichtigung unserer friedenspolitischen Haltung realisieren wollen ohne dabei Ängste über angeblich unmittelbar bevorstehenden russischen Angriff auf NATO Territorium zu schüren, wie die Militarisierungslogik durchbrochen werden kann und wie solidarische, zivile Alternativen wirksam gestaltet werden können. Partizipation, Transparenz und kritische Reflexion stärken unsere politische Handlungsfähigkeit und verhindern ein Abdriften in Militarisierungsideologie.

Als Linke verstehen wir uns als Brücke zwischen Basis und Parlament: Bündnispartner*in der sozialen Bewegungen, Unterstützer*in ihrer Forderungen und entschiedene Oppositionskraft gegen Militarisierung und Sozialabbau – lokal, landesweit und europaweit. Die Linke ist die einzige Partei, die konsequent gegen Waffenlieferungen und die Logik der Militarisierung kämpft. Beginnend mit den Rüstungskonzernen und ihren zynischen Profiten setzen wir uns ein für das sofortige Ende sämtlicher Rüstungsexporte als Schritt hin zu einer rein zivilen Produktion. Unser Handeln stellt die Menschen in den Mittelpunkt: Schutz, Gerechtigkeit und Teilhabe für alle sind die Leitprinzipien unserer Politik.

168 Die Linke Hessen fordert:

169 **1. Nein zur Militarisierung der Gesellschaft!**

- 170 • Wir lehnen Kriegstüchtigkeit, Aufrüstung und Militarisierung ab.
- 171 • Wir fordern konsequente Abrüstung, zivile Friedenspolitik und internationale
- 172 Kooperation statt Panzer, Raketen und Rüstungsprojekte.
- 173 • Zivile Konfliktlösungen, Diplomatie, Unterstützung für die konsequente
- 174 Durchsetzung des Völkerrechts und soziale Sicherheit müssen die Grundlage
- 175 staatlichen Handelns sein.

176 **2. Nein zum Wehrdienstmodernisierungsgesetz und zur Wehrpflicht!**

- 177 • Wir fordern die Streichung der Wehrpflicht aus dem Grundgesetz.
- 178 • Eine Erweiterung auf Frauen lehnen wir entschieden ab.
- 179 • Kriegsdienstverweigerung: Wir unterstützen alle, die sich der Erfassung oder
- 180 dem Wehrdienst widersetzen, politisch und durch Beratung.
- 181 • Jede Form faktischer Verpflichtung durch Fragebögen, Register oder
- 182 administrative Druckmaßnahmen lehnen wir ab.

183 **3. Nein zur Bundeswehr im öffentlichen Raum!**

- 184 • Jugendoffiziere haben an Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen,
- 185 Jobmessen und Festen nichts verloren.
- 186 • Stattdessen fordern wir Friedensbildung und kritische politische Bildung, die
- 187 Kriegspolitik hinterfragt und die Unteilbarkeit von Menschenrechten überall
- ÄA13 - übernommen:
- 188 vermittelt.

4. Nein zur Zivilmilitärischen Zusammenarbeit

- Zivilgesellschaftliches Engagement und der Dienst in der Bundeswehr müssen klar getrennt werden: Eine automatische Unterstellung von zivilgesellschaftlich Engagierten unter die Bundeswehr ist abzulehnen.
- Polizei, Verfassungsschutz und Bundeswehr müssen deutlich abgegrenzt bleiben. Die Linke. Hessen fordert statt einer Stärkung des Verfassungsschutzes die Abschaffung des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form und die Schaffung einer Alternative mit Bildungs- und Aufklärungsansätzen.
- Die Linke. Hessen wendet sich dagegen, in allen Landkreisen Liegenschaften mitsamt der kompletten Infrastruktur für militärische Zwecke vorzuhalten. Statt Kriegstüchtigkeit herzustellen, fordert Die Linke. Hessen, in Gesundheit, Bildung und Soziales zu investieren.
- Wir stellen uns gegen die Beeinflussung unserer Kinder und Jugend für militärische Zwecke
- Gesundheitseinrichtungen sind flächendeckend so aufrechtzuerhalten, dass die vor Ort lebende Bevölkerung eine gute Gesundheitsversorgung genießen kann. Die Finanzierung darf nicht nur daran ausgerichtet sein, was im Kriegsfall zu leisten wäre.
- Die Sicherung der kritischen Infrastruktur gehört in öffentliche Hand. Privatwirtschaftliche Unternehmen dürfen nicht die gleichen Rechte wie die Polizei erhalten, und das Gewaltmonopol des Staates darf nicht auf die Privatwirtschaft ausgeweitet werden.

189 **4. Soziale Priorität als Grundlage echter Sicherheit**

- 190 • Superreiche angemessen besteuern, Reichtum umverteilen und öffentliche Mittel
- 191 in soziale Daseinsvorsorge lenken.

• Soziale Sicherheit, gute Ausbildung, faire Löhne, sichere Arbeitsplätze und Wohnraum sind die Basis für Frieden und Stabilität.

5. Solidarität mit Deserteur*innen und Kriegsgegner*innen

• Städte und Landkreise sollen geflüchtete Deserteur*innen aufnehmen – unabhängig von ihrer Herkunft.

• Wir fordern asylrechtlichen Schutz, Beratung und Unterkünfte für Deserteur*innen und Kriegsgegner*innen

• Städtepartnerschaften mit Städten in Ländern, die vom Krieg betroffen sind, sollen aktive Solidarität und Austausch ermöglichen.

6. Aktive Aufnahme von Geflüchteten aus Kriegsgebieten

• Wir fordern umfassende Aufnahmeprogramme für Geflüchtete aus aktuellen Kriegssituationen (z. B. Gaza, Ukraine).

• Humanitäre Korridore, medizinische Versorgung und Zugang zu sozialer Unterstützung müssen garantiert werden.

7. Zivile Infrastruktur statt Militärhaushalt

• Umschichtung der Mittel aus Sondervermögen und Infrastrukturfonds in Bildung, Pflege, sozialen Wohnungsbau, Klimaschutz und öffentliche Verkehrsmittel.

• Keine Ausgaben für neue Waffen, Mittelstreckenwaffen oder Großprojekte der Bundeswehr.

• Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Hessen (Wiesbaden) – Solidarität mit lokalen Protesten.

• Kommunale Infrastruktur, ÖPNV und soziale Dienstleistungen müssen Vorrang vor militärischen Investitionen haben. Zivile Infrastruktur darf nicht militärisch ausgerichtet werden.

8. Schutz der Versammlungsfreiheit und demokratischer Widerstand

• Wir fordern verbindliche Deeskalationskonzepte für Proteste.

• Keine Kriminalisierung oder Überwachung friedlicher Aktionen gegen Aufrüstung, Krieg oder soziale Ungerechtigkeit.

• Schutz von Demonstrierenden vor polizeilicher Repression

9. Rolle der Linken: Aktive Friedensarbeit

• Die Linke Hessen beteiligt sich aktiv an Ostermärschen, Friedensdemos und Kampagnen gegen Mittelstreckenwaffen.

• Wir unterstützen den „Berliner Appell“ und andere Initiativen für Abrüstung, Diplomatie und Konfliktprävention.

10. Rolle der Linken stärken: innerparteiliche Diskussionen

• Die Linke Hessen setzen sich für einen bundesweiten Kongress ein, um über Militarisierung, sog. Verteidigungsarmee und zivilen Alternativen diskutieren.

• Stärkung der innerparteilichen Debattenräume, kritische Reflexion und Transparenz, um unkritisches Abgleiten in Militarisierungsideologien zu verhindern.

Begründung

Erfolgt mündlich.